Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 239

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 6.00, vierteljährlich Mk. 18.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 9. Juni

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8.00 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6297. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Der neue Reichstag

Formeller Rücktritt der Regierung

b. **Berlin**, 8. Juni.

Das Reichskabinett hat sich heute mittag um 12 Uhr versammelt und dem Reichspräsidenten seine Demission angeboten. Der Reichspräsident hat sie angenommen und die Minister gebeten, bis auf weiteres die Geschäfte weiterzuführen. Außerdem hat er den Reichskanzler ersucht, darauf hinzuwirken, daß eine tunlichst beschleunigte Feststellung des Wahlergebnisses und Einberufung des Reichstages erfolgen soll.

Mit diesem ersten Schritt des Reichskabinetts ist den parlamentarisch-politischen Erfordernissen der neuen Lage Rechnung getragen worden. Zunächst liegt natürlich nur eine formale Entschließung vor. Der Weg soll freigemacht werden, der, je nach dem endgültigen Ergebnis der Reichstagswahl, am ehesten Aussicht bietet für die absolut notwendige Zusammenarbeit möglichst weiter Kreise des Volkes. Daß wir mit der bisherigen Einseitigkeit unserer innerpolitischen Orientierung nicht vorwärtskommen, ist eine Ueberzeugung, die dank der entschiedenen Stellungnahme der Wählerschaft jetzt auch solche Parteigruppen zu erfassen beginnt, die sich ihr bisher grundsätzlich verschlossen. Auch heute fehlt es zwar nicht an mancherlei feindseligen Aeußerungen linksstehender Kreise, die am liebsten die bisherige Selbstzerfleischung des Volkes bis zum Selbstmord fortgesetzt sehen möchten, nur um ja keinen Zusammenschluß auf verschiedenem Boden stehender Elemente zustande kommen zu lassen. Wir wollen hoffen, daß sie dort, wo ihre Stimme bis zum Wahlsonntag Gehör gefunden hat, jetzt auf Bedenklichkeiten stoßen werden, wie sie einer besseren Einsicht vorangehen pflegen. Man soll Vergangenes endlich vergangen sein lassen, um seine gesamte Kraft den immer dringlicher werdenden Aufgaben der nächsten Zukunft zuwenden zu können. An diesem ersten Fortschritt zum Besseren sind alle Teile des Volkes gleichmäßig interessiert, während die besinnungslose Weiterführung des brudermörderischen Parteikampfes nur allenfalls unseren ehemaligen Feinden zum Vorteil gereichen kann. Erst die Gemeinsamkeit nützlicher Arbeit wird die verderbenbringende Kluft in unserem Volke allmählich wieder überbrücken können.

In der „P. P. N." heißt es: „Es ist als sicher anzunehmen, daß der Reichspräsident sofort bei Zusammentritt des neuen Reichstags den bisherigen Reichskanzler Hermann Müller auffordern wird, die Bildung einer neuen Regierung zu versuchen. Es liegt auf der Hand, daß dieser sich dann zunächst an die U. S. P. wenden wird, damit diese einen ihrer Wählerzahl entsprechenden Einfluß in der Regierung erhält und ein entsprechendes Maß von Verantwortung übernimmt. Sollte sie das verweigern, so würde wohl Hermann Müller den Auftrag der Kabinettsbildung zurückgeben."

*

Be. Braunschweig, 8. Juni.

Der neugewählte Landtag trat heute zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zum Präsidenten des Landtages wurde das Mitglied der unabhängigen Sozialisten Wesemeier gewählt. Für diese Wahl stimmten auch die Mehrheitssozialisten und Demokraten. Gegen diese Wahl stimmten die Abgeordneten der im Landesverband vereinigten Rechtsparteien. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich die Regierungsbildung auf derselben Grundlage abspielen wird.

Der Deutschenhaß in Frankreich

b. **Paris**, 8. Juni.

Die Internationale Landwirtschaftskommission, die sich seit dem 23. Februar 1914 nicht mehr versammelt hat, hielt gestern morgen zum ersten Male wieder eine Sitzung in der Landwirtschaftsakademie Frankreichs ab, unter dem Vorsitz des Präsidenten Meline. Meline gab die Gründe bekannt, warum die Vertreter Deutschlands zu der Tagung nicht zugelassen wurden; er wurde darin von Maenhart, dem belgischen Vertreter, lebhaft unterstützt. Der Vertreter der Schweiz, Dr. Laur, hingegen äußerte den Wunsch, daß man die wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Völker beginnen müsse, auch mit den ehemals feindlichen Völkern. Die Kommission beschloß demgegenüber, auch für die künftigen Sitzungen die deutschen Vertreter nicht einzuladen, wogegen die übrigen ehemals feindlichen Länder ersucht werden sollen, ihre Vertreter für die nächste Sitzung zu bezeichnen, die im nächsten Frühjahr stattfinden wird. Auf Grund einer Aussprache, an der Meline, Loubet und Dagnier teilnahmen, wurde beschlossen, daß das Büro mit dem Völkerbund in Beziehungen treten soll, um über die Bedingungen zu verhandeln, unter denen es sich in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit unterstützen könnte.

Ein vorläufiges Gesamtergebnis

447 Abgeordnete, darunter 62 Deutschnationale und 60 Deutsche Volkspartei. Das endgültige Ergebnis wird heute bekannt.

w. **Berlin**, 8. Juni.

Nach einer heute nachmittag im Reichsministerium des Innern angestellten Berechnung wird sich der Reichstag aus 447 Abgeordneten zusammensetzen.

Hierbei sind die von den Abstimmungsgebieten gewählten Abgeordneten von Ostpreußen, Schleswig und Oberschlesien mit einbegriffen, auch die Reichsliste ist mit berücksichtigt. Auf die einzelnen Parteien verteilt sich die Zahl der Abgeordneten wie folgt:

Deutschnationale Volkspartei	62
Deutsche Volkspartei	60
Zentrum	66
Christlich föder. Partei	19
Welfen	5
Bayerischer Bauernbund	3
Demokraten	44
Sozialdemokraten	109
Unabhängige	76
Kommunisten	2

Diese Berechnung wird im Laufe der heutigen Nacht auf Grund der von den Kreiswahlleitern noch eingehenden Berichte nochmals überprüft. Es ist zu erwarten, daß im Laufe des morgigen Tages das endgültige Ergebnis feststeht.

Neuwahlen zum badischen Landtag?

b. **Karlsruhe**, 8. Juni.

Der Ausgang der Wahlen in Baden gibt in politischen Kreisen zu der Vermutung Anlaß, daß bis zum Herbst Neuwahlen für den badischen Landtag stattfinden, da der erst im letzten Jahre gewählte Landtag in seiner jetzigen Zusammensetzung der Parteikonstellation nach den Wahlen in keiner Weise mehr entspricht. Inwieweit diese Vermutung zutrifft, läßt sich augenblicklich noch nicht sagen, doch entbehren die Gerüchte durchaus nicht der Wahrscheinlichkeit. Das badische Kabinett tritt zu einer Kabinettssitzung zusammen, in welcher, wie es heißt, Stellung zu der durch die Reichstagswahlen geschaffenen Lage genommen werden soll.

Deutschland bittet um Schiffsraum

w. **Berlin**, 8. Juni.

Die deutsche Regierung, die, wie bekannt, bereits wiederholt bei der Entente wegen Belassung des für die deutsche Wirtschaft unbedingt nötigen Schiffsraums vorstellig geworden ist, ließ neuerdings der Reparationskommission in Paris am 4. Juni folgende Note überreichen:

„Die deutsche Regierung hat in ihrer Note vom 3. Mai um Belassung von Schiffsraum. Die darin enthaltenen Anträge stellten das Minimum dar, welches gefordert werden muß, um das deutsche Verkehrswesen zur See aufrechterhalten zu können. Die deutsche Regierung ging dabei davon aus, daß in Ausführung des Friedensvertrages von den 325 000 Tonnen im Bau befindlicher Schiffe bei der Fertigstellung durch Deutschland jedenfalls 145 000 Tonnen Deutschland zufallen würden. Dieser Erwartung entsprachen die Verhandlungen in London nicht. Es wurden dort Deutschland nur 100 000 Tonnen, und zwar auch nur Schiffe geringen Fertigkeitsgrades, zugestanden. Da der Maritime Service weitere deutsche Anträge ablehnte, sah sich die deutsche Regierung genötigt, dieses Angebot anzunehmen. Infolgedessen müßte sie jetzt die in der Note vom 3. Mai gestellten Anträge erweitern. Wenn sie trotzdem hiervon absieht, so tut sie es in der festen Erwartung, daß die Reparationskommission dem Antrag auf Belassung von Schiffsraum ungekürzt stattgeben und ihre Entscheidung so schnell wie möglich treffen wird. Deutscherseits ist die Voraussetzung, von welcher die Reparationskommission die Prüfung des Antrages abhängig gemacht hat, nach besten Kräften erfüllt worden. Von den abzuliefernden Schiffen wurde bereits eine beträchtliche Anzahl nach dem Firth of Forth gebracht. Die Reparationskommission wird darum um tunlichst umgehende Entscheidung gebeten."

Die neue preußische Verfassung

Von Dr. von Kries,
Vizepräsident der preußischen Landesversammlung.

I.

Sehr spät hat die preußische Regierung der Landesversammlung den Entwurf einer Verfassung für Preußen vorgelegt. Man hat sich im Kreise der Mehrheitsparteien nur schwer über die Grundlagen der Vorlage einigen können, und die schließlich erzielte Einigung ist — wie sich bei der ersten Lesung des Entwurfs ergab — nur eine sehr unvollkommene gewesen. Ein Umsturz hat auch insofern über der Vorlage gewaltet, als nach ihrer Einbringung in der Landesversammlung eine Umbildung des preußischen Ministeriums stattgefunden hat und das jetzt am Ruder befindliche Ministerium in der Verfassungsvorlage nur eine wenig erwünschte Erbschaft sieht, für die man die Verantwortung nicht übernehmen will. So ist denn die Vorlage in der Landesversammlung nicht nur auf seiten der Opposition, sondern auch auf seiten der Regierungsparteien recht kritisch beurteilt worden, immerhin haben sich für den nüchternen Beurteiler doch manche Verhandlungsmöglichkeiten gezeigt, welche die Hoffnung auf eine gedeihliche Ausschußarbeit nicht ausgeschlossen erscheinen lassen.

Aber unter welcher Regierungskonstellation wird sich diese Ausschußarbeit vollziehen? Der Verfassungsausschuß der Landesversammlung soll am 15. Juni seine Arbeit beginnen. Dazwischen liegt die Reichstagswahl, die — so wenig übersichtlich auch z. B. die Wahlchancen sein mögen — doch erhebliche Veränderungen in den Machtverhältnissen des Reichsparlaments mit sich bringen kann, deren notwendige Rückwirkungen auf das Preußenhaus und seine Arbeiten sich schlechterdings nicht einschätzen lassen. Die Möglichkeit, daß die Reichstagswahl auch alsbaldige Neuwahlen in Preußen nach sich zieht, ohne daß die verfassunggebende preußische Landesversammlung ihre eigentliche Aufgabe, dem „Lande" Preußen eine neue Verfassung zu geben, ihrer Lösung entgegengeführt hat, scheint mir recht fernzuliegen. Viel näher läge es schon, daß nach einer neuen Mehrheitsbildung im Reichstag sich die gleichen Parteien auch in der preußischen Landesversammlung zu einer neuen Mehrheit zusammenfänden. Rein zahlenmäßig betrachtet sind auch bei der jetzigen Zusammensetzung der preußischen Landesversammlung neben der gegenwärtigen Koalition verschiedene andere Mehrheitsgruppen denkbar, die freilich nur vorübergehend die Geschäfte in Preußen übernehmen könnten, bis die dann allerdings nach Möglichkeit zu beschleunigende Erledigung der Arbeiten der Landesversammlung und die Verabschiedung der preußischen Verfassung verfassungsmäßigen Wahlen für den preußischen Landtag zulassen. Wie aber diese Verhältnisse sich auch gestalten mögen: für jeden Preußen bleibt das neue Staatsgrundgesetz seines engeren Vaterlandes ein Gegenstand an Interesse, so daß es wohl der Mühe lohnte, die Aufmerksamkeit der breiten Oeffentlichkeit auf den Regierungsentwurf zu lenken, der — wenn die Dinge sich planmäßig weiter entwickeln — vom 15. Juni ab der Einzelberatung im Verfassungsausschuß der preußischen Landesversammlung unterzogen werden soll.

Die Reichsverfassung vom 11. August 1919 greift — darüber kann kein Zweifel bestehen — tief in die innerstaatlichen Verfassungen der einzelnen Länder ein. Die zentralistische Tendenz, die in der Mehrheit der Nationalversammlung vorherrschte und nicht nur der Reichsverfassung, sondern auch der ganzen übrigen Reichsgesetzgebung ihren Stempel aufdrückte, läßt den einzelnen Ländern von ihren früheren Souveränitätsrechten so wenig übrig, daß sie — das gilt auch für Preußen — kaum etwas anderes sind, als große autonome Selbstverwaltungskörper, über deren Sein oder Nichtsein in letzter Instanz das Reich entscheidet. Durch die Reichsverfassung ist festgelegt, daß Preußen den „Freistaat" als Staatsform wählen muß. Auf Grund der Reichsverfassung ist das Reichstagswahlrecht auch für die Landtagswahl maßgebend. Durch die Reichsverfassung ist Preußen die parlamentarische Regierungsform vorgeschrieben. Reichsgesetz entscheidet letzten Endes, wie weit gegenüber Ablösungsbestrebungen einzelner Landesteile die territoriale Unverbrichtheit Preußens gewahrt wird, und der Geist, den Artikel 18 der Reichsverfassung atmet, gibt wohl auch den Schlüssel für die doch gewiß auffällige Erscheinung, daß der Regierungsentwurf es unterlassen hat, das preußische Staatsgebiet verfassungsmäßig festzulegen. Die Aufteilung Preußens soll dem Geiste der Reichsverfassung entsprechend nicht unnötig erschwert werden. Erwägungen ähnlicher Art mögen dafür maßgebend sein, die ruhmreichen preußischen Landesfarben in der Verfassung mit Stillschweigen zu übergehen. Daß beide Unterlassungen starke Kritik herausfordern, bedarf kaum der Betonung: in der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006091-12/fragment/page=0001

Ausschußberatung wird man dahin streben müssen, Staatsgebiet und Landesfarben verfassungsgemäß zu schützen.

Die Frage der Staatsform — Monarchie oder Freistaat — ist, wie schon oben bemerkt, durch Artikel 17 der Reichsverfassung auch für Preußen im Sinne des Freistaates entschieden. Der Kampf um die Wiedereinführung der monarchischen Staatsverfassung, in der unzweifelhaft sehr viele Staatsbürger ein wichtiges Ziel ihrer staatspolitischen Wünsche und Hoffnungen erblicken, kann nicht in Preußen, sondern nur auf dem Boden der Reichsverfassung ausgefochten werden. Offen dagegen und eingehend zu erörtern bleibt die Frage, ob Preußen, wie der Regierungsentwurf es vorschlägt, auf ein eigenes Staatsoberhaupt, auf einen Landespräsidenten, verzichten soll.

Die Gründe, welche im Reiche zur Schaffung des Reichspräsidenten geführt haben, gelten in gleicher Weise auch für Preußen. In kleinen Staaten mag eine Regierung durch das parlamentarische Ministerium allein möglich sein, in großen Staaten bedarf es einer vom Parlament unabhängigen Instanz, eines vorhandenen Pols im Staatswesen, der gewissermaßen die Einheit des Staates gegenüber der Vielheit der Minister verkörpert. Rein theoretisch wird das auch von keiner Seite ernstlich in Abrede gestellt. Gleichwohl will man dem Lande Preußen keine Landespräsidenten bewilligen, weil man — Reibungen mit dem Reichspräsidenten und dadurch Gefahren für die Entwicklung der Reichseinheit befürchtet.

Daß Reibungen zwischen der Reichspolitik und der preußischen Politik möglich sind, wird niemand bestreiten. Träger der preußischen Politik ist aber der preußische Ministerpräsident, nicht der Landespräsident, und wenn Reibungen zwischen Reichspolitik und preußischer Politik eintreten, so haben Reichspräsident und Landespräsident damit wenig oder gar nichts zu tun. Etikettschwierigkeiten mögen sich ergeben, doch die können nicht entscheiden, wo so schwerwiegende Interessen Preußens in Frage stehen, dessen innere Festigkeit und Aktionsfähigkeit gegenüber großen Aufgaben unzweifelhaft durch den Landespräsidenten gestärkt werden wird.

Aber das will man vielleicht auch nicht auf seiten der Gegner des preußischen Landespräsidenten? Die gleiche Politik, die im Reiche den Artikel 18 der Reichsverfassung geschaffen und damit die Aufteilung Preußens im Wege der Reichsgesetzgebung ermöglicht hat, muß freilich in dem preußischen Landespräsidenten ein Hindernis gegenüber solchen Aufteilungsplänen sehen und muß daher die Landespräsidenten grundsätzlich ablehnen.

Die Schwierigkeit, die sich bei Ausschaltung des Landespräsidenten rein gesetztechnisch für den Aufbau der Verfassung ergibt, löst der Regierungsentwurf in sehr eigenartiger Weise. Er läßt entsprechend dem Gesetze zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt vom 20. März 1919 das Staatsministerium, welchen Namen des Volkes die Regierung führen soll, von dem Präsidenten des Landtages berufen, gibt aber — und darin weicht der Entwurf grundsätzlich von der an sich gewiß sehr ansechtbaren aber doch innerlich logischen Konstruktion des Gesetzes vom 20. März 1919 ab, der von dem Präsidenten des Landtages berufenen Regierung die Ermächtigung, wo ihr ein Mißtrauensvotum drohte, den Landtag samt seinem Präsidenten aufzulösen.

Daß diese Konstruktion unmöglich ist, wird auch von den Rednern der Regierungsmehrheit in der ersten Lesung nicht verkannt. Die Auswege, die man vorschlug, die Auflösung des Landtages in die Hand des Landtagspräsidenten und Aeltestenrats zu legen, oder den neu zu schaffenden Staatsrat mit dieser Funktion zu betrauen, sind mehr oder weniger unbefriedigend, wenn auch der letztere von dem Abgeordneten Dr. Preuß vorgeschlagene Weg unzweifelhaft an sich der bessere ist. Es wird daher, so stark aus Gründen zentralistischer Reichspolitik auch die Widerstände gegen den preußischen Staatspräsidenten sein mögen, doch unbedingt anzustreben sein, den Staatspräsidenten für Preußen zu retten.

Die Arbeiten der preußischen Landesversammlung. Wie wir aus Kreisen der preußischen Regierung erfahren, hat die Regierung die Absicht, angesichts der Neuwahlen im Reiche die Arbeiten der Landesversammlung beschleunigen zu lassen, um auch in Preußen bald Neuwahlen ausschreiben zu können. Es sollen nur noch die wichtigsten Arbeiten (Verfassungsreform, Etat) möglichst bis Ende Juli erledigt werden. Man ist sich klar, daß ein längeres gedeihliches Arbeiten in Preußen mit den alten Parteiverhältnissen sich nicht ermöglichen lassen wird. Die beiden Oppositionsparteien werden angesichts ihrer letzten Erfolge alle Hebel in Bewegung setzen, um auch in Preußen bald Neuwahlen ausschreiben zu lassen. Kommt es im Reiche zu einer bürgerlichen Regierung, so wird die preußische Regierung ihre Aemter sofort niederlegen. Die Folge wäre sofortige Vornahme preußischer Neuwahlen.

Weitere Wahlergebnisse

Wahlkreis Thüringen

Sachsen-Weimar. Deutschnationale Volkspartei 15 614, Deutsche Volkspartei 33 731, Deutschdemokratische Partei 20 622, Bauernbund 40 580, Mehrheitssozialisten 39 649, U. S. P. 47 505, Zentrum 5483, K. P. D. 2423.

Sachsen-Meiningen. Deutschnationale Volkspartei 7964, Deutsche Volkspartei 17 610, Deutschdemokratische Partei 9934, Bauernbund 28 910, Mehrheitssozialisten 30 971, U. S. P. 27 491, Zentrum 763, K. P. D. 2918.

Gotha. Deutschnationale Volkspartei 5302, Deutsche Volkspartei 16 189, Deutschdemokratische Partei 7020, Bauernbund 20 277, Mehrheitssozialisten 3619, U. S. P. 40 615, Zentrum 534, K. P. D. 2590.

Rudolstadt. Deutschnationale Volkspartei 4105, Deutsche Volkspartei 6710, Deutschdemokratische Partei 2229, Bauernbund 8259, Mehrheitssozialisten 13 120, U. S. P. 11 764, Zentrum 89, K. P. D. 437.

Reuß. Deutschnationale Volkspartei 8954, Deutsche Volkspartei 24,688, Deutschdemokratische Partei 8026, Bauernbund 13 164, Mehrheitssozialisten 5473, U. S. P. 48 686, Zentrum 288, K. P. D. 2960.

Altenburg. Deutschnationale Volkspartei 11 594, Deutsche Volkspartei 10 754, Deutschdemokratische Partei 9469, Bauernbund 14 254, Mehrheitssozialisten 36 072, U. S. P. 21 849, Zentrum 291, K. P. D. 2286.

Sondershausen. Deutschnationale Volkspartei 4494, Deutsche Volkspartei 8838, Deutschdemokratische Partei 4850, Bauernbund 8421, Mehrheitssozialisten 1489, U. S. P. 18 887, Zentrum 307, K. P. D. 1039.

Schmalkalden (Kreis). Deutschnationale Volkspartei 1865, Deutsche Volkspartei 2118, Deutschdemokratische Partei 2102, Bauernbund 1263, Mehrheitssozialisten 3228, U. S. P. 8623, Zentrum 63, K. P. D. 101.

Preußen. Deutschnationale Volkspartei 29 900, Deutsche Volkspartei 29 132, Deutschdemokratische Partei 22 097, Bauernbund 34 740, Mehrheitssozialisten 28 728, U. S. P. 85 587, Zentrum 39 423, K. P. D. 4784.

Gesamtergebnis im Wahlkreis Thüringen: Deutschnationale Volkspartei 89 762, Deutsche Volkspartei 144 760, Deutschdemokratische Partei 86 289, Bauernbund 166 877, Mehrheitssozialisten 156 949, U. S. P. 810 857, Zentrum 47 241, K. P. D. 19 533.

*

1. Wahlkreis (Niederbarnim). Deutsche Volkspartei 152 581 (2 Mandate), Deutschnationale Volkspartei 124 155 (2 Mandate), Unabhängige 542 540 (4 Mandate), Mehrheitssozialisten 182 764 (3 Mandate), Demokraten 68 259 (1 Mandat), Zentrum 18 916 (kein Mandat).

Es stehen nur noch wenige ländliche Bezirke aus, deren Ergebnis aber das Gesamtresultat nicht mehr ändern können. Es gelten als gewählt: Deutsche Volkspartei: R. Marezkly und Geisler; Deutschnationale Volkspartei: Krüger und Hammer; Demokraten: Pachnicke; Mehrheitssozialisten: Rudolf Wissell, Marie Juchacz, Otto Sidow; Unabhängige: Breitscheid, Paul Brühl, Frida Wulff und Wilhelm Stoß.

5. Wahlkreis (Frankfurt-Oder): es fehlen noch ungefähr 100 ländliche Bezirke: Komm. 8040, Unabh. 102 665, Soz. 174 475, Dem. 70 384, Lausitzer Vp. 402, D. Vp. 114'948, Dn. 182 432, Zentr. 20 669, Polen 4632.

8. Wahlkreis (Breslau). Deutsche Volkspartei 72 038, Deutschnationale Volkspartei 84 542, Mehrheitssozialisten 206 787, Unabhängige 39 470, Zentrum 87 782, Demokraten 38 228, Mittelstandspartei 8825, K. P. D. 2123 Stimmen.

16. Wahlkreis, Weser-Ems-Niedersachsen. Es erhalten die D. Vp. 2 Sitze, Rest 25 150 Stimmen, das Zentrum 2 Sitze, Rest 14 864, die Mehrheitssoz. 1 Sitz, Rest 53 537, die Unabh. 1 Sitz, Rest 44 238, die Dem. 1 Sitz, Rest 21 254, Dn. Vp. keinen Sitz, Rest 34 349, Welfen keinen Sitz, Rest 22 030.

19. Wahlkreis (Westfalen-Nord). Zentrum 340 226, S. P. D. 213 328, Deutschdemokratische Partei 46 032, Deutsche Volkspartei 119 895, U. S. P. D. 75 162, Deutschnationale Volkspartei 93 013, Deutschsozialistische Partei 939, Polen 15 362, K. P. D. 13 066.

20. Wahlkreis (Westfalen-Süd). S. P. D. 244 136, Zentrum 328 962, Demokraten 59 783, Deutsche Volkspartei 191 266, Deutschnationale Volkspartei 96 772, U. S. P. D. 231 511, Christliche Volkspartei 575, K. P. D. 17 291, Polen 28 586.

24. Wahlkreis (Koblenz-Trier). Deutschnationale 18 930, Unabhängige 13 118, Demokraten 7428, Sozialdemokraten 27 431, Deutsche Volkspartei 40 842, Zentrum 120 538, Christliche Reformpartei 19 204, zersplittert 116.

29. Wahlkreis (Franken). Unabh. 2 Sitze, Rest 54 886, Soz. 8 Sitze, Rest 8690, D. Soz. P. keinen Sitz, Rest 2972, B. Vp. 5 Sitze, Rest 9257, B. Mittelp. (Dn. P. angeschl.) 3 Sitze, Rest 31 836, Dem. 2 Sitze, Rest 11 705, D. Vp. keinen Sitz, Rest 30 507, Komm. 1 Sitz, keinen Sitz, Rest 10 973.

30. Wahlkreis (Pfalz). S. P. D. 87 755, U. S. P. D. 38 805, K. P. D. 2777, Bayerische Volkspartei 93 495, Deutsche Volkspartei 104 823, Demokraten 31 790.

31. Wahlkreis (Dresden-Bautzen). Auf Grund nachträglich eingegangener Berichtigungen stellt sich das gestern von uns verbreitete Wahlergebnis im 31. Wahlkreis Dresden-Bautzen folgendermaßen richtig: Soz. 222 498, D. Vpt. 159 729, Unabh. 165 813, Ztr. 13 869, Dn. 128 861, Dem. 88 598, Lausitzer Volkspartei 5022, Kommunisten 8739. Demnach sind gewählt: 3 Soz., 2 D. Vpt., 2 Unabh., 2 Dn., 1 Dem. Die Zuteilung der Mandate im ganzen Freistaat Sachsen ist daher folgendermaßen richtig zu stellen: Soz. 9, Unabh. 9, Komm. 1, Dem. 3, D. Vpt. 7, Dn. 6 Mandate.

Bayern. Wie die Korrespondenz Hoffmann meldet, stand als vorläufiges Ergebnis der Reichstagswahlen in Bayern gestern mittag 12 Uhr folgendes fest: B. Vpt. 1 136 533, Soz. 470 863, D. Vpt. und Mittelpartei 400 914, Unabh. 371 110, Dem. 228 651, B. Bauernb. 214 867, Komm. 57 360, Dtsch. Soz. P. 2458 Stimmen. Aus 8 ländlichen Bezirken fehlen noch die Ziffern.

Wahlkreis Hessen-Nassau, vorläufiges Endergebnis: Dn. Vp. 171 053 (2 Sitze), D. Vp. 189 174 (3 Sitze), Zentr. 179 960 (2 Sitze). Dem. 111 971 (1 Sitz), Mehrheitssoz. 297 842 (4 Sitze), Unabh. 138 927 (2 Sitze), Komm. 15 854. Es gilt als sicher, daß die Deutschnationale Volkspartei und das Zentrum durch die Listenverbindung mit Hessen-Darmstadt noch je einen Abgeordneten erhalten. An dem Endergebnis fehlen noch 80 Bezirke, die es aber kaum ändern dürften.

Aus dem Volksrat für Thüringen

△ **Weimar, 8. Juni.**

Gestern trat der Volksrat für Thüringen — wenige Tage vor den Neuwahlen — zum letzten Male zusammen, um im Galopptempo ein Gesetz von eminent finanzieller Tragweite noch unter den bisherigen Parteiverhältnissen unter Dach und Fach zu bringen, denn man kann noch den für die gegenwärtige Mehrheit nicht gerade ermutigenden Reichstagswahlen nicht wissen, wie die Mehrheit nach den am 20. d. M. stattfindenden Neuwahlen aussehen wird. Ein neues Beamtenbesoldungsgesetz, wie es z. B. dem Freistaate Hessen 80 Millionen kostet, wird in 3 Tagen erledigt, d. h. durchgepeitscht werden. Als Grund für diese Eile wird vom Staatsrat auf die Notwendigkeit, den Beamten bereits am 1. Juli die Erhebung der neuen Beträge zu ermöglichen, angeführt, doch hat man sich in anderen Fällen dadurch, daß man einem Gesetz rückwirkende Kraft verlieh und ein Provisorium in der Zahlungsweise schuf, zu helfen gewußt. Der große Gesetzentwurf ist die erste größere gesetzgeberische Arbeit des neuen Staates Thüringen, und gerade dieses Erstlingswerk krankt, wie der den Entwurf einführende und begründende Minister von Brandenstein an der staatsrechtlich nicht geradezu unbedenklichen Tatsache, daß man selbst in der Regierung über die finanzielle Tragweite des Gesetzes ebensowenig orientiert ist, wie über die Deckungsfrage; man weiß weder, wieviele Millionen die Geschichte kosten wird, noch wo man das Geld hernehmen soll. — Aber — und das ist wohl die Hauptsache — die ganze Aktion macht noch kurz vor den Wahlen einen guten Eindruck.

Der Gesetzentwurf selbst wurde vom Minister als zeitgemäß begründet und ist in der Hauptsache dem preußischen Muster nachgebildet. Für den Staat Thüringen handelt es sich neben der finanziellen Seite um die Schaffung einer ersten einheitlichen Beamtenorganisation, um ein erstes Zusammenfassen und Gruppieren der bislang in sieben Staaten und 250 Klassen verteilten Beamtenmassen in neue 13 Gruppen unter einheitlicher Regierung. Diese Neuordnung bedeutet für das Land Thüringen also nichts weniger als den Beginn des Verschmelzungsprozesses und die notwendige (wenn auch nicht so eilige) Unterlage für die weiteren organisatorischen Maßnahmen in allen Verwaltungszweigen.

Wie bereits bemerkt, schließt sich das Gesetz eng an das preußische an und nicht nur wesentlich bei der Schaffung von Aufrückungsmöglichkeiten für Volksschullehrer, die auch abweichend von Preußen in die allgemeine Besoldungsordnung eingereiht sind, ab. Weitere Abweichungen ergeben sich aus der Unmöglichkeit, das gesamte preußische und Reichsbeamtenrecht in Thüringen einzuführen. Eine bemerkenswerte Abweichung von dem preußischen Gesetz ergibt sich schließlich noch für die höheren und höchsten Verwaltungsbeamten — Minister, Staatsräte usw. — bei Einreihung in die Besoldungsordnung dadurch, daß das Land Thüringen oder vielmehr die früheren Einzelstaaten, für welche die Besoldungsordnung noch zu regeln ist, sich bei der Gruppierung dieser Beamten nicht vergleichen können mit dem größten deutschen Lande und mit anderen größeren Ländern. Die Verschiedenartigkeit der gesamten Lage und der Beamtenverhältnisse in den früheren Einzelstaaten bedingt außerdem die Gewährung eines weitgehenden Ergänzungs- und Verordnungsrechts, einer Ermächtigung, wie sie bei so großen Reorganisationen erfahrungsgemäß geboten erscheint, um nötigenfalls auf schnellstem Wege gleichartige Verhältnisse und Grundlagen herzustellen. Bei der Wichtigkeit und Tragweite der ganzen Gesetzesmaterie in verwaltungstechnischer, politischer und finanzieller Beziehung hätte man dieselbe den neuen, aus wirklichen Volkswahlen hervorgegangenen bzw. hervorgehenden Volksrat überlassen sollen, aber freilich: „man kann nie wissen"

(Nachdruck verboten.)

Bis in das Elend.

Ein Kampf um das Deutschtum.

58] Von Max Treu-Halle.

27. Juli 1866.

Acht es wird kein Friede werden bei uns im Innern! Im Gegenteil, es ist Sturm geblasen gegen uns, und wir stehen Gewehr bei Fuß, denn der Feind will einbrechen.

Heute sind sechs Gendarmen in das Dorf eingerückt und haben vom Ortsvorsteher auf Grund ihrer Anweisungen freies Quartier und freie Verpflegung begehrt. Die Gemeinde hat beides genehmigt, und die Gendarmen sind bei einzelnen Bauern untergebracht worden. Sie sind, so heißt es in der behördlichen Verfügung, „dem Ortsvorsteher unterstellt und haben dessen Weisungen Folge zu leisten". Reiner hat ihnen also eine Reihe Vorschriften für ihren Dienst gegeben, denen sie pünktlich nachkommen sollen.

Gleichzeitig mit den Gendarmen sind drei Erlasse des Komitats eingegangen. Der erste lautet also:

„Nachdem wir uns aufs neue überzeugt haben, daß die Einführung der ungarischen Landessprache in den Bekanntmachungen der Gemeinde Beidenburg eine Notwendigkeit ist, da innerhalb dieser Gemeinde mehr Ungarn als Deutsche wohnen, befehlen wir Euch, in Zukunft alle Bekanntmachungen in ungarischer Sprache bekannt zu geben, sie auch in dieser Sprache sowohl öffentlich wie durch den Gemeindediener ausschellen zu lassen. Solches soll Ihr tun ohne Murren wider die Obrigkeit, die besser wissen muß als Ihr, was dem Lande zu Nutzen dient."

Der zweite Erlaß lautet also:

„In der Erwägung, daß zurzeit in der Gemeinde Beidenburg eine größere Zahl Ungarn als Deutsche leben, und daß sich diese Ungarn sich an uns, die zuständige Behörde, gewendet haben mit der Bitte, einen Gottesdienst evangelischer Konfession in ungarischer Sprache einzuführen,

in Erwägung ferner, daß diese Bitte gerechtfertigt erscheint und den Landesgesetzen entspricht,

in der Erwägung endlich, daß die Deutschen in der Gemeinde Beidenburg alle genügend Ungarisch kennen, daß sie aber, so sie wider Erwarten es dennoch nicht kennen sollten, als die Minderheit es zu lernen hätten,

haben wir beschlossen, daß der Gottesdienst in der Gemeinde Beidenburg fortan durch Euren Pfarrer Mathias, der das Ungarische beherrscht, in ungarischer Sprache abzuhalten ist und daß dem Genannten wegen der hierdurch erwachsenden Vermehrung der Amtsgeschäfte und zum Zwecke einer besonderen Seelsorge on den ungarischen Gemeindeangehörigen der Pfarrer Bela Veczecy koordiniert werden soll. Genannten Pfarrer Bela Veczecy habt Ihr aus Gemeindemitteln zu besolden und für eine geeignete Wohnung Sorge zu tragen."

Der dritte Erlaß lautet also:

„In Erwägung, daß den ungarischen Kindern der Gemeinde Beidenburg, deren Eltern den Wunsch danach geäußert haben, ein ungarischer Schulunterricht nicht vorenthalten werden kann.

in Erwägung ferner, daß die ungarischen Kinder, welche in der Umgegend Beidenburgs wohnen, eine Schule nicht besitzen, daß es auch nicht möglich ist, diesen allen, die den Unterricht wünschen, einen eigenen Lehrer und eine eigene Schule zu geben,

in Erwägung endlich, daß es eine Ueberlastung des Lehrer Stephan Bagdor zu Beidenburg nicht darstellt, wenn er auch diese Kinder unterrichtet,

haben wir beschlossen, die von Euch erbaute Schulbaracke aus unsern Mitteln zu dem gedachten Zwecke anzukaufen. Wir fordern Euch auf, Euren Preis anzugeben, und befehlen Euch, dem ungarischen Schulunterricht in Eurer Gemeinde keine Hindernisse zu bereiten, sondern ihn nach Kräften zu fördern und zu unterstützen.

Sollte Ihr aber unsern Befehlen zuwiderhandeln, so sollt Ihr wissen, daß wir als die rechtmäßige Obrigkeit Euch zur Befolgung unserer Gebote zwingen werden. Denn unsere Langmut ist erschöpft, und wir sind entschlossen, in Zukunft einen Widerstand Eures Rebellendorfes nicht zu dulden."

Reiner hat sofort die Gemeinde zusammenberufen, ihr die drei Erlasse vorgelesen und erklärt, daß er die Debatte darüber eröffne.

Da ist Hans Baumgart, der ältesten und ruhigsten einer, aufgestanden und hat mit schwerer und wuchtiger Stimme gesagt:

„Ich stelle den Antrag, über diese Erlasse, ohne ein Wort darüber zu verlieren, zur weiteren Tagesordnung überzugehen!"

Einen Augenblick atemloses Stillschweigen. Es fühlte wohl jeder, daß man in dieser Stunde an dem entscheidenden Wendepunkte stand: entweder magyarisiert zu werden oder deutsch zu bleiben. Aller Blicke richteten sich während dieses kurzen Schweigens auf Pfarrer Mathias und auf Reiner.

In den Augen des Pfarrers lohte es auf, wie ein Blitz aufzuckt durch das sturmumbrauste Dunkel einer Spätherbstnacht; Reiner aber zerbrach mit schwerer Hand, als er Baumgarts Worte hörte, den Gänsekiel, den er zwischen den Fingern hielt, und das leise Knirschen des splitternden Kieles tönte durch das Zimmer wie das Knistern eines elektrischen Funkens, der aus einer Batterie aufspringt.

Dann schallte ein lauter Ruf durch die Versammlung: „Zur Tagesordnung!"

Und:

„Ich danke euch, Freunde und Brüder!" rief Reiner.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006091-12/fragment/page=0002

Revolutionshunnen an der Arbeit

Die rüde Pietätlosigkeit, die jede Revolution mehr oder weniger, die deutsche aber ganz besonders zeigt, macht auch vor Gräbern nicht halt. Auf den schändlichen Einbruch in das Mausoleum in Charlottenburg folgten die in Friedrichsruh und Kreisau, wie die Särge der Königin Luise und Kaiser Wilhelms wurden auch die Grüfte seiner Paladine Bismarck und Moltke ihres Schmuckes beraubt. Und nun ist auch die Fürstengruft in Weimar, in der unsere größten Dichter, Schiller und Goethe schlummern, von ruchlosen Händen heimgesucht worden. Daß der Staat unter allen Umständen eine Verpflichtung hat, die heiligen Erinnerungsstätten zu schützen, wird bei den jetzigen Machthabern kein Verständnis. Gerade weil sie von der Geschichte unserer großen Vergangenheit zeugen, sind sie ihnen eher ein Dorn im Auge. Die Geschichte hat für unsere Sozialisten mit Karl Marx angefangen, was früher war, möchte man am liebsten aus der Menschen Angedenken ausrotten. Der Einbrecher fühlt sich so als Apostel des neuesten Fortschritts, nimmt er schon vor Grüften nicht zurückscheckt um so hemmungslos wirft er sich auf das, was pietätvolles Erinnern hier in diesem kleinen Ortsmuseum vereinigt, dort in den Schatzkammern des Dome, in stillen verlassenen Schlössern liebevoll gepflegt hat. Der Einbruch im Hildesheimer Dome, wo die jahrtausende alten Bronzetüren brutal zertrümmert und zerschlagen wurden, lebt noch in aller Erinnerung. Wir wollen nicht Hildesheim mit Doorn vergleichen, aber auch dieses war uns eine Stätte der Erinnerung an den großen preußischen König, der in Wirklichkeit in tieferem Sinne Sozialist war, als all die phrasenreichen, machtlüstigen und habgierigen Männer der jetzigen herrschenden Sozialdemokratie. Dort standen noch die Geräte aus der Zeit des Tabakskollegiums, das schöne Zinn verschwand unter gierigen Händen und wanderte in die Metallschmelzen, die in bemerkenswerter Weise im Anzeigenteil von „Freiheit" und „Rote Fahne" deren Lesern fortgesetzt empfohlen. Dort verschwand auch der Raub aus dem Museum in Prenzlau, Bronzen und Silberfunde, die Jahrtausende im Schoße der Erde geruht hatten, denen Metallwert fest gleich null war. Aber sie zu verkaufen, wagen nicht die Einbrecher. Andere scheinen in der Beziehung bedenkenloser gewesen zu sein. Von der Ausdehnung, in der das Berliner Schloß zur Zeit der Matrosenherrschaft geplündert wurde, macht man sich schwer einen Begriff. Wohin wohl die Dosensammlung Friedrichs des Großen gekommen? Sie sind in New-York eine Angabl von Gegenständen aus kaiserlichem Besitz zur Versteigerung gelangt. Es war den Unternehmern peinlich, sich über deren Herkunft auszuweisen, und so nahm sie, dem Geschmack der Yankees entsprechend, es handele sich um verfallene Pfänder für unbezahlte Rechnungen bei Bäckern und Fleischer. Unter der Hand aber erfuhren Kaufluslige, daß diese Gegenstände durch Vermittelung einer bekannten Berliner Firma nach Amerika gelangt seien. Und wer ist diese Firma? Niemand anders als das Warenhaus Wertheim, das in noch gar nicht lange vergangenen Tagen sich nicht loyal genug geben konnte und so erreichte, daß die Fabrikate der kaiserlichen Porzellanfabrik in Kadinen ihr zum alleinigen Vertrieb in Berlin zugewiesen wurden. Und heute macht dieselbe Firma Geschäfte mit Gegenständen aus dem kaiserlichen Schloß unter Begleiterscheinungen, die geradezu öffentliches Aergernis erregen! Revolutionshunnen — und ihre Gönner!

Erneute Aussprache mit Krassin

b. Amsterdam, 8. Juni.

Wie aus London gemeldet wird, haben Lord Curzon, Bonar Law und andere Mitglieder der Regierung Krassin zum zweiten Male empfangen. Krassin hat auf Anfrage der englischen Minister bezüglich der Kriegsgefangenen und der bolschewistischen Propaganda Aufschlüsse, wahrscheinlich wird eine neue Zusammenkunft veranstaltet werden.

b. London, 8. Juni.

In einer Besprechung über die Verhandlungen mit dem russischen Vertreter gab Lloyd George auf die an dem Vorgehen der Regierung geübte Kritik eine energische Antwort. Er betonte, die gegenwärtigen Verhandlungen seien das Ergebnis einer Anzahl vor. Beschlüssen der Alliierten, an denen sowohl Clemenceau wie Millerand beteiligt waren. In San Remo seien die Alliierten einstimmig zu dem Schluß gelangt, daß es im Interesse der Welt von Wichtigkeit sei, daß die Handelsbeziehungen mit Rußland wieder aufgenommen würden. Er übernahm die volle Verantwortung für das eingeschlagene Verfahren. Die Regierung habe Beweise dafür, daß in Rußland Getreide vorhanden sei. Lloyd George verlas ein Telegramm aus Polen, in dem mitgeteilt wird, daß allein in der Ukraine eine beträchtliche Menge Weizen zur Ausfuhr vorhanden sei.

Polnische Kontrolle für deutsche Landräte

da. Oppeln, 8. Juni.

Das Amtsblatt der Interalliierten Regierung und Abstimmungskommission in Oppeln enthält eine Verordnung, wonach zum Schutze der Interessen der polnischen Bevölkerung den Landräten polnische Beiräte beigegeben werden, die das Recht haben, sämtliche Akten einzusehen und gegen „ungesetzliche Verordnungen der Landräte" Protest zu erheben. Bei der Schulverwaltung der Regierung Oppeln soll ein polnischer Schulrat fungieren, dem das gleiche Recht zusteht, wie den Beiräten in den Landratsämtern. Auch den Gewerbeaufsichtsinspektoren werden polnische Kontrolleure beigegeben. Die Lehrerseminare erhalten gleichzeitig ihre eigenen Kontrolleure. Nach einer Meldung der „Oberschlesischen Grenzzeitung" soll die jetzige Sicherheitspolizei aufgelöst werden. Ihr Ersatz soll durch Gendarmen polnischer und deutscher Nationalität erfolgen, die in Oberschlesien geboren sind. Inwieweit diese Nachricht den Tatsachen entspricht, läßt sich bis jetzt noch nicht nachprüfen.

Amtsenthebung deutschgesinnter Lehrer im Memelgebiet

Wie die „D. T." durchaus zuverlässig erfährt, ist man auch im Memelgebiet dazu übergegangen, deutschgesinnte Lehrer, welche aus ihrer Gegnerschaft gegenüber den französischen Bestrebungen kein Hehl gemacht haben, ihr Amt zu entsagen. So sind laut Verfügung des französischen Gouverneurs General Odry die Lehrer Grigat aus Sokaiten, Braun aus Heldt aus Schmalleningken zum 1. Juli ihres Amtes entlassen. Die Vorwürfe, welche sich ganz besonders gegen den erstgenannten richten, betreffen die Betätigung der Beschwerdeführer bei den Kreistagswahlen am 2. Mai 1920. Ohne weitere Begründung ist allein auf die Anzeige großlitauischer Elemente die Amtsenthebung verfügt. Obgleich ihnen Pflichtverletzungen zum Vorwurf gemacht sind, wird die Lehrer dieses ganz und gar zurück. Lehrer Grigat hat nach einer mündlichen Unterredung mit Hauptmann Boret-Bogegen in Sokaiten in einer schriftlichen Darlegung die Anzeige, die er auf den großlitauischen Gemeindevorsteher Bannat-Sokaiten zurückführt, ausführlich alle gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zurückgewiesen und eine Untersuchung beantragt. Diese ist nicht erfolgt; vielmehr ist sofort die Amtsenthebung verfügt.

Vom Polenkriege

w. Warschau, 8. Juni.

Deutsch-polnischer Pressedienst. Polnischer Heeresbericht vom 7. Juni: Unsere Gegenoffensive auf der Front zwischen der Düna und der oberen Beresina schritt unter der unmittelbaren Leitung des obersten Führers sehr gut fort. Indem unsere Truppen auf allen Abschnitten des Vormarsches den verzweifelten Widerstand der Bolschewiki brachen, schlugen sie die 53. und 12. bolschewistische Infanterie-Division an der oberen Beresina und besetzten die Ortschaften Czernicha und Plissa. Die feindlichen Verluste sind sehr groß. An vielen Orten wurden bolschewistische Befehle gefunden und Meldungen aufgegriffen, die von der großen Verwirrung, die in den Stäben und in den Reihen der roten Armee herrscht, berichten. Die Bolschewiki rächten sich in einer tierischen Weise für ihre Niederlage. Sie töteten in einigen Fällen unseren in ihre Hände gefallenen Soldaten die Augen aus und schickten sie in diesem Zustande in unsere Linien zurück. In der Ukraine ist die Lage im allgemeinen unverändert. Feindliche Kavallerieabteilungen, die vor unsere Front gelangten, werden von unserer Kavallerie verfolgt.

Das neue littauische Kabinett

w. Kowno, 8. Juni.

Die Litauische Telegraphen-Agentur meldet: Das neue Kabinett soll von allen Parteien des Landes gebildet werden, auch von den in der verfassunggebenden Versammlung nicht vertretenen liberalen Fortschrittlern (bürgerliche Parteien). Von der verfassunggebenden Versammlung wurde Dr. Grinius mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Er wird zugleich das Ministerium des Aeußern übernehmen. Als Minister des Innern ist der Staatsanwalt Skipytis, liberal, als Verkehrsminister der Vorsitzende der litauischen Friedensdelegation in Paris, in Aussicht genommen. Minister für Finanzen, Handel und Industrie wird der jetzige Ministerpräsident, Ingenieur Galvanauskas.

Wahlsieg der Sinnfeiner

b. Rotterdam, 8. Juni.

„Observer" zufolge sind die Gemeinderatswahlen in Irland so gut wie beendet; sie haben außer im Nordostlichen Ulster und der Grafschaft Londonderry einen überwältigenden Erfolg der Sinnfeiner gebracht.

Nach einer Londoner Meldung sind 2 Torpedojäger mit 300 Seesoldaten von Queenstown nach der Westküste Irlands abgegangen.

Lloyd George sagte in Erwiderung auf eine Anfrage über die Lage in Irland, es werde vielleicht nötig sein, die gesetzlichen Strafbestimmungen gegen Verbrechen zu verschärfen. Die Regierung beabsichtige, den gegenwärtigen Feldzug des Verbrechens und Meuchelmords zu unterdrücken.

Die neue Methode der militärischen Patrouillen in Irland beginnt Ergebnisse zu zeitigen; das Eingreifen einer Militärpatrouille hatte einen Angriff auf das Polizeiamt in Brosna (Grafschaft Kerry) bereitelt. 6 Bewaffnete wurden festgenommen und ein Automobil mit Waffen und Munition erbeutet.

Wie die Regierung für Aufklärung sorgt

Man schreibt uns von unterrichteter Seite im Ruhrgebiet:

Anläßlich der spartakistischen Unruhen im Ruhrrevier hatten führende deutsche Zeitungen eigene Berichterstatter in den Ruhrbezirk entsandt, die sich an Ort und Stelle nach eingehendem Studium der Verhältnisse ein Bild über die Lage machen sollten. Einige von den Artikeln dieser Mitarbeiter sind auch erschienen und besonders in der rechtsstehenden Presse zum Abdruck gebracht worden. Längere Zeit hindurch wunderte man sich, warum nicht auch andere Blätter ihren Lesern derartige, doch gewiß interessante Artikel vorsetzten. Erst in diesen Tagen wird die Erklärung für diese seltsame Erscheinung bekannt; sie lautet eigenartigerweise dahin, daß gerade von den Regierungsstellen auf Blätter, die der Regierung nahestehen, ein sanfter Druck ausgeübt wurde, diese Artikel, die nichts als die reine Wahrheit enthielten, nicht zu veröffentlichen.

Diese Mitteilung gewinnt an Interesse noch besonders dadurch, daß ausgerechnet der preußische Ministerpräsident Braun am 31. Mai von Duisburg aus an den Reichspräsidenten telegraphiert hat, er empfehle auf Grund von Fühlungnahme mit den weitesten Bevölkerungskreisen die Aufhebung des Belagerungszustandes. Wie diese Fühlungnahme aussieht, kann man sich aus der oben wiedergegebenen verbürgten Tatsache ungefähr an den fünf Fingern abzählen. Der Ruhrbolschewismus hat jetzt wieder freie Hand.

Religionsfeindlichkeit der Sozialisten

Die Berliner Unabhängigen haben in einer Generalversammlung Stellung zur Stadtverordnetenwahl für Groß-Berlin genommen und dabei als Grundsatz aufgestellt, daß keiner ihrer Kandidaten einer „Religionsgemeinschaft angehören dürfe!

Zu diesem Beschluß bemerkt der „Vorwärts" (6. Juni), das Zentralorgan der bisherigen „Mehrheitssozialdemokraten", das bekanntlich in Wahlzeiten stets sehr hübsch religiöse Duldsamkeit markiert, sonst aber fortgesetzt darauf ausgeht, das Christentum zu bekämpfen und herabzusetzen: „Das Erfurter Programm, dem auch die Unabhängigen gefolgt sind, bis sie sich ihr Leipziger Aktionsprogramm gaben, verlangt vom Staate die Erklärung der Religion zur Privatsache. Der Beschluß der Berliner Unabhängigen erklärt die Religionslosigkeit zur Parteisache. Ein wahres Glück für ihn, daß Emanuel Wurm, der alte Kommunalpolitiker, gestorben ist. Sonst würde er jetzt sicher von der Liste der Stadtverordnetenkandidaten gestrichen werden. Denn er bekannte sich ebenso mutig, wie seine Fraktionskollegen Haase und Cohn im „Handbuch der Nationalversammlung" zur jüdischen Religionsgemeinschaft, während Eichhorn, Frau Hübler und selbst Frau Zietz als „evangelisch" firmieren. Sie alle tritt jetzt der gleiche Bannstrahl. Nur ist nicht recht ersichtlich, ob auch die Zugehörigkeit zur Freireligiösen Gemeinde in gleichem Maße unwürdig macht. Dann müßte schließlich selbst Adolf Hoffmann an sein stadtparlamentarisches Ende glauben."

Frühjahrstagung des Kyffhäuserbundes. In der Zeit vom 10. bis 15. Juni tritt der Kyffhäuserbund der Deutschen Landeskriegerverbände zu seiner üblichen Frühjahrstagung auf dem Kyffhäuser zusammen. Außer wichtigen Satzungsberatungen wird die Tagung sich vor allem mit den Aufgaben der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, Ausbau des Unterstützungswesens, Siedlungswesens usw. befassen.

35 flämische Professoren verurteilt. Vor dem Schwurgericht in Gent werden am 5. Juli 35 Professoren der ehemaligen flämischen Hochschule in Gent abgeurteilt werden. Einige werden verteidigt von den beiden Abgeordneten von Cauwelaert und Borginon.

Halle und Umgebung

Halle, 9. Juni.

Zwei Abgeordete der Deutschen Volkspartei

Wie die „Allgemeine Zeitung" in Halle berichtet, sind für die Deutsche Volkspartei im Bezirk Merseburg 114 000 Stimmen abgegeben worden. Da die Deutsche Volkspartei im hiesigen Wahlbezirk mit derjenigen in Thüringen und in Magdeburg-Anhalt einen Wahlverband bildet, so werden die fehlenden 6000 Stimmen, um einen zweiten Kandidaten durchzubringen, vom Wahlkreis Jena überwiesen werden, der 129 000 Stimmen aufgebracht hat. Damit würde auch der zweite Kandidat der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Merseburg, Landwirt Keubler-Böhm, in den Reichstag gewählt sein.

Anmeldung von Auslandsforderungen

Die Anmeldefrist für Auslandsforderungen beim Reichsausgleichsamt ist bis zum 30. Juni d. J. verlängert. Die Anmeldung hat auf Vordrucken zu erfolgen, die im Büro der Handelskammer Halle, Franckestraße 5, erhältlich und der Zweigstelle Leipzig des Reichsausgleichsamtes in Leipzig, Roßplatz (Meßhalle), einzureichen sind. Alsbaldige Anmeldung der Forderungen ist sowohl im Interesse des Deutschen Reiches, als im eigenen Interesse des Anmeldepflichtigen, für diesen namentlich auch zur Vermeidung von Rechtsnachteilen, unbedingt geboten.

Forderungen deutscher Gläubiger an ausländische Schuldner aus während des Krieges fällig gewordenen Dividenden, Zinsen und dergleichen werden häufig in ihrem Endbetrage nicht feststehen und Rückfragen erfordern. Das Reichsausgleichsamt nimmt Rückfragen an den Schuldner in vielfacher Ausfertigung zur Weiterleitung an, der Anmeldepflichtige ist gehalten, eine vorläufige Anmeldung auf einem Anmeldevordruck umgehend einzureichen und später die vollständige Anmeldung nachzuholen.

— **Das Markensystem für die neue Reichseinkommensteuer,** das den Arbeitgebern die Verpflichtung zum Abzuge der Steuern auferlegt, wird voraussichtlich schon zum 1. Juni in Kraft treten. Ausführliche Ausführungsbestimmungen werden demnächst veröffentlicht werden.

— **Eine Betriebsräte-Konferenz des hiesigen Bezirkes findet** am 12. und 13. Juni in Halle statt.

Familien-Nachrichten

Vermählungen: Kurt Scheibe und Irmgard Hasselmann. — Richard Günther und Henne Thiele. — Hans Biesecker und Gertrud Schlaaf. — Richard Steinmetz und Elly Lücke. — Erich Wiltz und Margarete Bähr.

Todesfälle: Am 6. Juni Kohlenhändler Karl Meiling, Am 6. Juni Oberpostschaffner a. D. Robert Tinz im 75. Lebensjahre. — Am 6. Juni Tischler Georg Pohl im 81. Lebensjahre. — Am 6. Juni Albertine Krüger geb. Morchel im 80. Lebensjahre. — Am 6. Juni Stadtdirektor Karl Gläser im 58. Lebensjahre. — Am 7. Juni Emma Lautenschläger.

Provinz Sachsen

Schiebungen im braunschweigischen Landtag

b. Braunschweig, 8. Juni.

Die Nachprüfung der Geschäfte des Arbeitslosenausschusses hat ergeben, daß wiederholt im braunschweigischen Landtagsgebäude Schiebergeschäfte gemacht worden sind. Die Akten wurden der Staatsanwaltschaft übergeben. In die Angelegenheit ist der bisherige demokratische Abgeordnete Schülke verwickelt. Unter anderem wurde festgestellt, daß vom Arbeitslosenausschuß, mit dem Abgeordneter Schülke betraut war, 50 000 Kilo Karbid, Mannesmannröhren, Jute und Papiergewebe und dergleichen vertrieben worden sind.

— **Gröbers,** 8. Juni. (Zu der Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei) in Gröfenhainichen vom 25. Mai wird uns mitgeteilt, daß der dort erwähnte radikale Lehrer Arndt nicht in Gröbers beamtet ist.

— **Magdeburg,** 8. Juni. (Ein Wahlidyll in Neu-Deutschland.) Zu einem merkwürdigen Zwischenfall kam es bei der Reichstagswahl in Hundisburg, Kreis Neuhaldensleben. Gegen 1½ Uhr erschien im Wahlbureau der Amtsvorsteher von Hundisburg und stellte den Gemeindesekretär darüber zur Rede, daß ein Teil der Wähler nicht in den Listen stände. Er gab seiner Vermutung Ausdruck, daß die fehlenden Personen absichtlich nicht aufgenommen worden seien. Diese Vorwürfe führten zu Streitigkeiten und in deren Verlauf zu Schlägereien. Der Wahlvorsteher, Gemeindevorsteher Heinrich, brach darauf die Wahlbewegung ab, entfernte die Zettel aus der Wahlurne und verbrannte sie. Hundisburg hat 700 Wahlberechtigte.

— **Magdeburg,** 8. Juni. (Der Landarbeiterstreik) im Kreise Neuhaldensleben, Kalbe und Wolmirstedt ist beendet. Die heutigen Verhandlungen vor dem Tarifamt führten zu einer Einigung auf der Grundlage einer 30prozentigen Teuerungszulage, die schon von Anfang an von den Arbeitgebern zugesagt worden war. Die Forderung auf Bezahlung der Streiktage und Entlassung der nicht dem Landarbeiterverband angehörenden Landarbeiter wurde abgelehnt.

△ **Weimar,** 8. Juni. (Diebstahl wertvoller Kunstgegenstände.) In vergangener Nacht wurde ein Einbruch in das aus der Goethezeit bekannte Thiefsurter Schlößchen verübt. Vermißt werden vorläufig vier alte Empireleuchter von hohem kunstgeschichtlichem und materiellem Wert. Die Einbrecher sind vermutlich dieselben, welche kürzlich die Fürstengruft beraubten, d. h. internationale Gauner.

„H. 3." Sportberichte

Rennen zu Berlin-Grunewald

1. Buccaneer-Rennen. 1. Henricus (Neumann), 2. Oberon, 3. Granit. Toto: 20, 12, 16, 16. Ferner liefen: Memento, Neuberg, Crocus. — **2. Filibustier-Ausgleich.** 1. Dunst (Janek), 2. Matraviraq, 3. Springer. Toto: 68, 23, 68, 33. Ferner liefen: Falter, Machthaber, Glatteis, Seehausen, Radiola, Coco, Schakal, Gewerke, Flamme. — **3. Trachenberg-Rennen.** 1. Leopardos (Danek), 2. Vandur, 3. Satyr. Toto: 147, 25, 13, 17. Ferner liefen: Felmy, Augustenburg, Larissa, Moena, Patriot, Wachtel, Titania. — **4. Hannibal-Rennen.** 1. Edstein (Janek), 2. Lorbeer, 3. Skarabae. Toto: 36, 16, 18, 52. Ferner liefen: Prunus, Abschluß, Harlekin, Hüteger, Titus, Soldau, Rosenritter. — **5. Fels-Rennen.** 1. Herold (Rastenberger), 2. Asra, 3. Leichtsinn. Toto: 16, 11, 16, 16. Ferner liefen: Erzelsior, Eichwald, Palinus, Ferne, Liebhaber. — **6. Sieger-Rennen.** 1. Magier (Schläfe), 2. †Türkje, 2. †Ordrop. Toto: 38, 14, 16, 16. Ferner liefen: Raibur, Thrann, Tradition, Narew, Sankt Lisko, Olympia, Banjudt, Ambos, Envoy, Sultane. — **7. Gulliver-Ausgleich.** 1. Alabar (Besch), 2. Orilus, 3. Ikarus. Toto: 66, 21, 44, 26. Ferner liefen: Lancelot, Sagittini, Sclinski, Prachtin, Rarabel, Sieg, Kinbage, Wall, Volka, Sterna.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006091-12/fragment/page=0003

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Mitteilungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Allgemeine Deutsche Kleinbahn-Gesellschaft

Der Existenzkampf der privaten Verkehrsunternehmungen findet in dem Jahresbericht der Allgemeinen Deutschen Kleinbahn-Gesellschaft eine grelle Beleuchtung. Das Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben läßt sich nicht beseitigen. Die Verwaltung schreibt:

„Im allgemeinen läßt sich erkennen, daß wir bezüglich Erhöhung der Tarife an der Grenze des Möglichen angelangt sind, so daß hierdurch der Ausgleich in bezug auf etwaige nach weiter steigende Ausgaben nicht wird geschaffen werden können; er wird nur noch durch wesentliche Einschränkung der Betriebsleistungen zu erreichen sein, und man wird die gänzliche Betriebseinstellung einzelner, Zubuße erfordernder Betriebe nicht umgehen können. Vor einer Stillegung einer großen Anzahl von Betrieben kann, wenn sich die Verhältnisse nicht in absehbarer Zeit bessern, nur der Erwerb der Betriebe durch die Staaten oder das Reich oder eine wirksame Hilfe aus öffentlichen Mitteln schützen. Da nicht erwartet werden kann, daß das Reich mit seiner 12 Milliarden-Unterbilanz bei den Reichseisenbahnen wird weitere notleidende Betriebe übernehmen wollen, muß ein anderer Weg gesucht werden, und zwar bald; auf der heutigen Grundlage kann nicht mehr lange weiterwirtschaftet werden."

Bei der Gesellschaft machte sich geltend, daß der Steigerung der Löhnen, Gehältern, Kohlenpreisen, oft mit rückwirkender Kraft vorgenommen, die Tarife aber weder rückwirkend noch überhaupt sofort erhöht werden konnten. Die Tarife mußten außerdem berücksichtigen, daß nicht eine Verkehrslähmung eintrat. Ueberdies waren sie von der Genehmigung der Behörden abhängig. Immerhin konnte der Betrieb im allgemeinen regelrecht durchgeführt werden. Die Verhältnisse an den ungarischen Unternehmungen der Gesellschaft sind noch völlig ungeklärt, ebenso die der Westpreußischen Kleinbahnen A.-G. und der Kleinbahn Großpetrwitz—Katscher, doch sind in den beiden letzteren Fällen Verluste wohl nicht zu befürchten. Die Mansfelder Bergwerks-Kleinbahn wurde mit 497 000 Mk. Buchverlust verkauft. Der Besitz an Staatsanleihen erzielt 400 000 Mk. Verlust. Insgesamt betrugen die Einnahmen 1 721 366 Mk. (im Vorjahre 2 047 281 Mark), die Ausgaben 1 184 337 (979 526) Mk., Rücklagen und Abschreibungen 587 785 (494 405) Mk. Als Ueberschuß bleiben 57 338 (753 232) Mk. Eine Dividende kann nicht verteilt werden (im Vorjahre 5 Prozent). Die künftigen Verhältnisse lassen sich nicht übersehen.

Ein Abkommen der „Papag" mit Amerika. Bei der Verwaltung der Hamburg-Amerika-Linie ist aus New-York folgendes Telegramm ihrer Direktoren eingegangen: „Wir haben vorbehaltlich näherer Einzelheiten, mit dem Harriman-Konzern, vertreten durch die Firma W. A. Harriman u. Co., ein Abkommen für 20 Jahre getroffen, um unseren Linienverkehr der Vorkriegszeit gemeinschaftlich wieder aufzunehmen. Harriman hat mit Chandler and Company, New-York, die Kontrolle über die American Ship and Commerce Corporation erworben, die ihrerseits alle Aktien der Kerr Navigation Company besitzt. Harriman will diese Gesellschaft ausbauen, indem er Dampfer zur Verfügung stellt, um den größeren Teil unseres Linienverkehrs binnen kurzem wiederaufzunehmen." Im Anschluß an das vorstehende Communiqué veröffentlicht die Hamburg-Amerika-Linie folgende Mitteilungen: Außer der Kerr-Linie kontrolliert Harriman die America Steamship Company, eine der ältesten und erfolgreichsten amerikanischen Linien, die Thamautcompany, die Independant Steamship-Linie, die Coastship Transportation Company, Linien, welche zusammen über eine Tonnage von über 900 000 Tonnen verfügen und eine Anzahl Schiffe im Bau haben. Harriman kontrolliert ferner die wichtige Schiffsmöbelfirma Sibermann, Dodgorn and Company, der eine große Anzahl Regierungsschiffe überwiesen worden sind, ferner die Cramps Ship and Engineer Company, eine der bekanntesten Werften, und die Marphan and Shipbuilding in Chester. Die Harriman-Interessen sind eng verbunden mit sehr starken Finanzgruppen in Amerika. — Aus den Mitteilungen der Hamburg-Amerika-Linie geht hervor, daß die Verhandlungen der Hapag-Direktoren mit dem amerikanischen Shipping Board sich zerschlagen haben und daß nunmehr nach achtwöchigen Verhandlungen das oben angekündigte Abkommen mit dem Harriman-Konzern, d. h. mit Privatreedern, abgeschlossen worden ist.

* **Wobe.** Mit einem Stammkapital von 300 000 Mk., das demnächst noch bedeutend erhöht werden soll, ist in Leipzig vor kurzem die „Wobe", Wohnungsbau, A.-G., gegründet worden. Die Gesellschaft, der über 100 Personen angehören, beabsichtigt, in Leipzig und Umgebung Wohnungen zu bauen, sobald ausreichende Zuschüsse die Bauten gestatten. Eine Sonderabteilung soll großzügige Gartenanlagen schaffen, unter Berücksichtigung späterer baulicher Erschließung, gegen sofortige Verpachtung mit Kaufanwartschaft oder Begebung in Erbbaurecht, zur Förderung der Kleingartenbewegung unter Ausschaltung jeglicher Spekulation. Die Gesellschaft sicherte sich zu diesem Zwecke bereits das gesamte Areal in der Nähe des Völkerschlachtdenkmals rechts an der Straße zwischen Probstheida und Park Meusdorf.

Kapitalserhöhung. Die Deutschen Kolonialreiche Akt.-Ges. beabsichtigen eine Kapitalserhöhung um 21 150 000 Mk. zwecks Erwerbs der Kuxe der Gewerkschaften Carlsfund und Hermann II.

* ss. **Allgemeine Deutsche Kreditanstalt zu Leipzig.** Bei einem Gesamtumsatz von 65 418 Millionen gegen 50 285 Millionen Mark im Vorjahre erhöhte sich der Rohgewinn auf 47 204 971 gegen 27 242 506 Mark im Vorjahre. Demgegenüber steigerten sich die Lasten auf 31 065 707 (15 372 979) Mark. Unter Hinzurechnung des Vortrages ergibt sich ein Reingewinn von 16 572 262 (12 383 418) Mark, woraus 9 (8) Prozent Dividende verteilt werden sollen. Zu der in der außerordentlichen Generalversammlung vom März beschlossenen Kapitalserhöhung von 125 auf 160 Millionen Mark bemerkt die Verwaltung, daß die Durchführung dieser Transaktion im Gange sei.

Industrie, Handel, Handwerk

Die Roheisen-Grundpreise. Unter Berücksichtigung der kürzlich veröffentlichten Preisabschläge gelten nach einer Bekanntmachung des Eisenwirtschaftsbundes für die wichtigsten Roheisensorten die folgenden Grundpreise: Hämatitroheisen 2150 50 Mk., Gießereiroheisen I 1740,50 Mk., Gießereiroheisen III 1739,50 Mk., Siegerländer Stahleisen 1626 Mk., kupfertarmes Stahleisen 2140 Mark, Spiegeleisen 1704 Mk. Die vorstehenden Höchstpreise gelten, wie bekannt, für die Monate Juni und Juli 1920.

Der Kupferblechverband hat die Verkaufspreise um 100 Mk. auf 8065 Mk. für den Doppelzentner erhöht.

Erhöhung der oberschlesischen Kohlenlieferungen an Polen. Aus Polen wird gemeldet, daß die Kohlenkommission des Obersten Rates die bisherige Zuteilung oberschlesischer Kohlen an Polen um 150 000 Tonnen monatlich, also auf 400 000 Tonnen, erhöht hat. Diese Erhöhung soll insbesondere dem Wiederaufbau der polnischen Industrie, besonders der Exportindustrie, dienen. — Von deutscher amtlicher Seite liegt eine Bestätigung dieser Meldung nicht vor.

* **Geschäftsfahrt. Am 7. Juni traf Kahn Nr. 31 und Eldampfer „Gerta" in Aken ein.**

* **Wagengestellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle (Saale) einschließlich der anschließenden Privatbahnen wurden am 7. Juni d. J. für Kohlen, Koks, Briketts und Naßpreßsteine gestellt 5490 Wagen zu 10 Tonnen, nicht gestellt 1480 Wagen zu 10 Tonnen.

* ss. **Aus der Luxusportzellanindustrie wird von zuständiger** Seite berichtet, daß dieser Zweig vom Konjunkturumschwung sehr erheblich betroffen worden ist. Die fortdauernden Steigerungen der Rohmaterialienpreise und die starken Lohnerhöhungen hatten in diesem Frühjahre noch eine Preiserhöhung erforderlich gemacht, die im Zusammenhang mit der allgemeinen Flaute zu erheblichen Annullierungen führte. Wie überall, ist zurzeit die Nachfrage schwach. Das Angebot an Ware ist aber auch nicht groß, da infolge der eingeschränkten Kohlenlieferung nur beschränkt gearbeitet werden kann. An eine Ermäßigung der Preise ist vorläufig nicht zu denken, da auch die neuesten Lohnverhandlungen noch zu einer Lohnerhöhung geführt haben.

* **Eine Häute-, Leder- und Schuhbörse in Leipzig.** In mehrmaligen Besprechungen unter Vorsitz der Leipziger Handelskammer mit Vertretern der Häute- und Fellbranche, der Lederfabrikation, des Lederhandels, der Schuhwarenindustrie, Fabrikation und Handel der Lederwaren und Treibriemenfabrikation ist die regelmäßige Abhaltung von Häute-, Leder- und Schuhbörsen in Leipzig am jeweiligen Donnerstag im Monat beschlossen worden. Hierzu besonders eingeladen sind die Angehörigen der vorgenannten Geschäftszweige aus dem Freistaat Sachsen, der Provinz Sachsen und Großthüringen. Doch haben selbstverständlich auch alle anderen Berufsgenossen Zutritt.

* ss. **Vom Leipziger Rauchwarenhandel.** Die vor einigen Wochen einsetzende Geschäftsflockung am Rauchwarenmarkte hält unvermindert an, die Stimmung am „Brühl" ist völlig lustlos, so daß Verkäufe so gut wie nicht geätigt werden. In Fachkreisen ist man der Meinung, daß die Geschäftsstille am Rauchwarenmarkte noch einige Wochen anhalten wird und daß die bereits erheblich zurückgegangenen Preise eine weitere, wenn auch nicht allzu hoch bemessene Senkung erfahren werden, um dann eine bauernde Basis einzunehmen, auf der der reguläre Handel einsetzen wird. Der eingetretene Preisschlag bedeutet naturgemäß eine Entwertung der in dritter Hand befindlichen Vorräte bzw. erhebliche Geldverluste, wenn auch zunächst noch auf dem Papier, da die Besitzer der teuer erkauften Ware sich scheuen, sich ihrer zu den verlustbringenden Preisen zu entäußern. Ob aus dieser Situation später etwa Zahlungsstockungen oder gar Zahlungseinstellungen resultieren werden, muß abgewartet bleiben. Im allgemeinen haben die Rauchwarenhändler während und nach dem Kriege gut verdient, so daß die jetzt eintretenden Verluste mehr oder weniger leicht verschmerzt werden dürften. Die noch vor Monat zu beobachtende Kauflust des Auslandes hat völlig nachgelassen, einmal wegen der auf Velzmark ruhenden 10prozent. Ausfuhrabgabe, anderseits wegen der Valutaänderung. Dem Vernehmen nach liegt in Paris das Rauchwarengeschäft sehr günstig, auch in London wird das Geschäft zufriedenstellend beurteilt. In New-York dagegen soll das Rauchwarengeschäft zurzeit still liegen, da die dortigen Banken Rauchware nicht mehr hoch beleihen und für die gewährten Kredite Deckung einfordern. Das Inlandgeschäft liegt gleichfalls sehr ruhig, da sowohl die Kürschner wie die Konfektion mit Neueindeckungen zurückhalten. Man erwartet indeß, daß im Herbst der Bedarf kräftig einsetzen wird, da das inzwischen verbilligte Velzwerk dem Konsum der Minderbemittelten wieder zugänglich wird. In Leipzig sind augenblicklich noch genügend am Markte, da aus den Zurichtereien fortwährend Ware hereinkommt, auch fehlt es nicht an Retouren von der Kundschaft. Frische Auslandsware dürfte in nächster Zeit in allzugroßen Mengen kaum dem heimischen Markte zugeführt werden.

Wiedereinführung der Fischauktionen. Im Monat Mai fand an den Hamburger und Cuxhavener Fischmärkten wieder außerordentlich große Mengen von Seefischen aufgeliefert worden. Die letzte Maiwoche brachte den Höchstpunkt aller bisher überhaupt erreichten Wochenfänge, nämlich über 8 Millionen Pfund. In der Vorwoche kamen weit über 2½ Millionen Pfund Fische zur Verfügung und auf gleicher Höhe hielten sich die sämtlichen Maifänge. Diese Fänge haben die Wiedereinführung der Fischauktionen in Hamburg, Cuxhaven und Geestemünde veranlaßt.

Die Versorgung der Landwirtschaft mit Kali. Das Kalisyndikat teilt mit, daß Kornallit (9—11proz.), Kainit (12—15prozentig), Kalidüngesalz (20—22proz.) und Chlorkalium (50 bis 53proz.) gegenwärtig ohne erhebliche Lieferfrist abgeladen werden kann. Dagegen werden Vorräte auf Kalidüngesalz (30—32proz.) und (40—42proz.) nicht entgegengenommen.

* **Elektrokupferpreis.** (Notierung d. Ver. f. d. dt. Elektr. Notiz.) 1789 Mk.

Berliner Börsenberichte

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsche Uebersee-El.	800,00
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	75,00	Deutsche Erdöl	735,—
5% Deutsche Reichsanl.	79,75	Deutsche Gasglühl.	490,6
4% " "	74,30	Deutsche Kali	413,—
3½ " "	67,20	Deutsche Waff. u. Mun.	844,—
3% " "	66,20	Donnersmarkhütte	298,—
4 Preuss. Konsols	74,40	Dörnier u. Lehrmann	131,—
3½ " "	63,40	Dürkoppwerke	415,—
3½ " "	58,30	Elberfelder Farben	362,—
4 Charl. Stadtanl. 89/99	—,—	Engelhard Brauerei	—,—
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	—,—	Felten u. Guilleaume	389,—
4% u. 3½ Preuss. landschaftliche Pfandbriefe	—,—	Gasmotoren Deutz	180,—
4 Preuss. Centr.-Bod. Pfandbriefe	100,30	Gebhardt u. Co.	—,—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 4911	100,25	Gebhardt u. König	—,—
4 Deutsche Reichsanl.	12,75	Gelsenkirch. Bergb.	298,—
4 Deutsche Reichsanl.	96,90	Glanzstoff Bemberg	290,—
Ausländ. Werte		Glanzstoff Bemberg	419,75
4 Oesterr. Kron.-Rente	26,—	Hallesche Masch.-Fabr.	220,—
4 Ungar. Gold-Rente	62,40	Hann. Masch.	264,—
4 Ungar. Kronen-Rente	3,90	Harpener Berg	523,—
Eisenbahn-Aktien:		Hasper Eisen	265,25
Halbgestellt-Blankenb.	78,40	Hirsch Kupfer	238,25
Halle-Hettstedter	—,—	Höchster Farbw.	314,—
Schantungbahn	626,25	Hoesch Eisen u. Stahl	170,—
Allg. Lokal-Str	113,25	Hohenlohe-Werke	169,25
Gr. Berl. Str.	135,25	Humboldt-Masch.	229,—
Magdeburger Str.-B.	150,—	Ilse-Bergbau	372,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	—,—	Kahla-Porzellan	343,50
Orientbahn	190,25	Kaliw. Aschersleben	378,—
Schiffahrts-Akt.:		Körting, Zucker-Akt.	—,—
Hambg. Paketfahrt	192,—	Kyffhäuserhütte	—,—
Hambg.-Südamerika	250,—	Lahmeyer u. Co.	174,—
Hansa-Dampfschiff	322,—	Laurahütte	259,—
Nordd. Lloyd	189,—	Lingel. Erfurt	—,—
Banken:		Linke u. Hofmann	316,—
Bank für Thür.	154,—	Ludwig Loewe u. Co.	274,75
Berl. Handelsges.	185,—	Lothringer Hütte	224,—
Comm u. Diskontobank	164,00	Mannesmannröhren	230,—
Darmstädter Bank	153,00	Maschinenfabr. Buckau	245,—
Dess. Landesbank	—,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	158,75
Deutsche Bank	279,50	do. Caro Heg.	219,50
Diskonto-Comm.	190,50	do. Kokswerke	413,—
Dresdner Bank	169½	Orenstein u. Koppel	247,—
Credit-Anst. Leipzig	169,25	Phönix-Bergb.	379,—
Mitteld. Kredit-ank	156,—	Rhein. Metall-Vorz.	224,25
Nationalbank	167,50	Rhein. Stahlwaren	235,—
Oesterr. Kredit	141,25	Riebeck. Montan	277,—
Reichsbank	140,—	Rombacher Hütten	234,—
Industrie-Aktien:		Rositzer Brauk.	310,—
Schultheiss-Brauerei	253,—	Rositzer Zucker	196,75
Akt. f. Anilin	327,00	Sangerhäuser Masch.	343,—
Allgem. Elektr.-Ges.	280,—	Hugo Schneider u. Co.	248,—
Zimmerscher Papierf.	525,—	Schuckert u. Co.	179,—
Anhalter Kohlenw.	223,—	Siemens u. Halske	285,—
Annaberger Steingut	360,—	Stettiner Chamotte	228,—
Badische Anilin	431,—	Stettiner Vulkan	211,00
Bergmann-Elekt.-Akt	221,—	Stollberger Zink.	257,—
Berl. Masch.-Ban	250,—	Stola. Spielkarten	323,—
Bismarckhütte	380,—	„Terra", Samen-A.-G	—,—
Bochumer Gußstahl	338,50	Thale-Eisenhütte	369,50
Chem. Fabrik Buckau	275,50	Triptis-Akt.-Ges.	220,—
Chem. Griesheim	281,50	Türkische Tabakregie	756,—
Chem. v. Heyden	318,—	Ver. Köln-Rottweiler	265,—
Consolidation Schalke	565,—	Glanzstoff Elberf.	372,—
Crölwitzer Papierfabr	—,—	Wegelin u. Hübner	163,75
Daimler-Motoren	296,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Deutsch-Luxembourg	320,—	Westeregeln-Alkali	612,—
		Wittener Gußstahl	252,—
		Wrede-Mälzerei	168,—
		Zeitzer Masch.	413,—
		Zellstoff Waldhof	295,—
		Otavi-Minen	72,—

Tendenz: fest.

Hafernotierungen:

Berlin, 8. Juni. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mark loko ab Speicher frei Wagen —, loko ab Bahn 3080—3000 Mk. sofortige Abladung ab Abladestationen 2800—2820—2800 Mk. Tendenz: ruhig.

Devisen-Notierungen:

	Geld	Brief		Berlin, 8. Juni. Geld	Brief
Amsterd.-Rotterd.	1513,00	1514,00	New-York	40,20	40,30
Brüssel-Antwerp.	322,65	325,35	Paris	312,20	312,80
Christiania	729,25	730,75	Schweiz	731,75	733,25
Kopenhagen	679,30	680,70	Spanien	656,85	658,15
Stockholm	879,10	880,90	Wien (alles)	19,08	19,02
Helsingfors	192,30	192,70	Oesterreich abgest.	28,47	28,53
Italien	229,75	230,25	Prag	90,15	90,35
London	159,50	160,20	Budapest	22,22	22,28

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 8. Juni. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinadekupfer	1825/1875	Banca-Straits-Zinn	—/—
Elektrolytkupfer	—/—	Zinn	4700/4900
Orig.-Hütten-Weichblei	500/525	99% Hütten-Zinn	—/—
Remelts-Blauen-Zink	5.0/5.75	99% Rein-Nickel	3900/4100
Hütten-Rohzink	375/400	Antimon-Regulus	450/1000
Orig.-Hütten-Alumin.	2600/2700		

Produktenbericht. Am Produktenmarkt hielten sich die Umsätze auch heute in engen Grenzen. Für Hafer ist die Unternehmungslust nur gering, und dies hat zeitweise eine leichte Abschwächung der Preise zur Folge gehabt. Hierzu trägt auch der Umstand bei, daß Peluschken, Wicken, Ackerbohnen, geringwertige Erbsen und anderes Material reichlich und verhältnismäßig billig als Ersatz für Hafer zur Verfügung stehen. Lupinen und Serradella spielen als Futtermittel gleichfalls eine Rolle. Neues Heu ist merklich unter dem Preis des alten angebaten. Die Strohpreise waren schwach. Wetter: veränderlich.

Börsenstimmungsbild. Die Börse hatte auch heute bei Beginn ein festes Aussehen. Im allgemeinen wirkte der rüstige Verlauf der Wahlen und ferner die Ansicht, daß die neue Regierung aus den bisherigen Koalitionsparteien gebildet werden könnte. Im besonderen veranlaßte die Heraufsetzung der Devisenkurse eine Höherbewertung der ausländischen Werte und namentlich der Valutawerte, zumal auch verlautete, daß die Entschädigungsfrage der Schantungbahn schon in nächster Zeit ihre Lösung finden würde. Ferner bot die lebhafte Aufwärtsbewegung der Schiffahrtsaktien eine gute Anlage, da man annahm, daß außer der Hamburg-Amerika-Linie auch die übrigen Schiffahrtsgesellschaften günstige Abkommen mit den ausländischen Unternehmungen treffen würden. Namentlich bezüglich des Nordbeutschen Lloyd wollte man wissen, daß derartige Verhandlungen bereits vor dem Abschlusse ständen. Im übrigen war das Geschäft aber recht beschränkt, bei vorwiegend geringen Kursbesserungen. Vereinzelt waren auch Rückgänge zu verzeichnen, so bei Oberschlesischer Eisenindustrie und rheinischen Stahlaktien. Am Anlagenmarkt litten ältere reichische Werte unter Abschwächung. Die Börse litt im weiteren Verlaufe unter Abschwächungen, weil man für die innere Lage Befürchtungen hegte.

Vom Büchertisch

— **F. Bräunlich, „Rumänische Stimmungsbilder".** 3. Auflage. Leßmanns Verlag, München. 3,60 Mk. und Zuschlag. — Eigenartiges Büchlein. Prosa, die oft rhythmisch, wie Poesie wirkt. Es sind wahre Stimmungsbilder in Form und Inhalt. Der Verfasser berichtet von seinen Eindrücken, die er als Pastor während der letzten Monate des Weltkrieges in Rumänien empfing. Ein starker Optimismus klingt im ganzen Büchlein wieder, so wenn er zum Schluß der Hoffnung Ausdruck gibt, es werde ein Freundschaftsbund Rumänien-Deutschland erstehen, „fester begründet, als er vordem war."

— **Die Unruhe zu Gott.** Erinnerungen eines Malermönches. Von **Willibrord Verkade** O. S. B. Mit einem Bildnis. 262 Seiten. Kart. 5,80 M. und Zuschlag. Beide Bücher im Herderschen Verlage, Freiburg i. B. 1920. — Das zuerst genannte Buch ist in der Form von Gesprächen zwischen einem evangelischen Pastor und einem Mönch eine Werbeschrift für den katholischen Glauben, die übergeugt Evangelische schwerlich heunruhigen wird. In dem an zweiter Stelle genannten schildert ein kluger, kenntnisreicher und niedergeistet Maler, wie sein Lebensschiffff — er war von Haus aus Mennonit — schließlich im Hafen der römischen Kirche und weiterhin in der Stille des berühmten Benediktinerklosters Beuron gelandet ist. Für Protestanten ein entschärfiges und nicht gerade erfreuliches Buch trotz mancher hübschen Einzelzüge. —ph.—

Wovon leben wir? In einer wissenschaftlichen Untersuchung des Privatdozenten Dr. med. Messerschmidt kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß die Bevölkerung von den Marken vom Reiche zur Verteilung gelangten Lebensmittel etwa 160 Tage des Jahres leben könnte. Nun hat aber das Jahr 205 Tage mehr. Wovon leben wir während dieser Zeit? Es bleibt eben nichts anderes übrig, als die staatlichen Verordnungen zu übertreten und durch den Schleichhandel zu leben oder dem Hungerschicksal zu verfallen. „Ich bin kein Zuriste", sagt Dr. Messerschmidt, „kann daher nicht sagen, ob der Staat das Recht hat, seine Bürger auch zum Hungern zu zwingen. Vom sozialhygienischen Standpunkt aus aber erscheint mir eine derartige Maßnahme als höchst bedenklich."

— **Von der Monatsschrift „Die weißen Blätter"** (Paul Cassirer Verlag, Berlin) erschien, um das ausgefallene April-Heft nachzuholen, eine Doppelnummer. In Zukunft erscheinen die „Weißen Blätter" wieder pünktlich am 15. eines jeden Monats.

— **„Der Schwäbische Bund",** die neue Monatsschrift aus Oberdeutschland (Verlag „Der Schwäbische Bund" Strecker & Schröder, G. m. b. H., Stuttgart) bringt soeben sein Juni-Heft heraus. Wir erwähnen aus dem bedeutsamen und ansprechenden Inhalt: Prof. Dr. Manfred Eimer, Deutschland und die elsaß-lothringische Autonomie; Hermann A. Lösch, Der Mensch glaube und die Kohlenreligion; Rudolf Hans Bartsch, Landleben II; Martin Bilgeri, Voralbergs Anteil am deutschen Geistesleben; Dr. Owigläß, Die Kreidolf-Mappe; Hermann Fischer-Tübingen, ästhetische Ketzereien (IV); Heinrich Lilienfein, Offenbarung; Dr. O. Engel, Die Geburt des Selbst (zu Christoph Schrempfs 60. Geburtstag); Rudolf Krauß, Wirtemberg Persönlichkeitswert; Hans Heinrich Ehrler, Wijpel: Dr. Manfred Bräubäuser-Stuttgart, Goldfunde und Goldgewinnung zwischen Kätien und Mittelrhein; Hermann Missenharter, Ueber Bücher und Dichter; Lyrische Beiträge find von Ernst Bertram, A. Wagner-Marburg, Grete Gulbransson, Wilhelm Schäfer und Theodor Mauch, veröffentlicht. Das Heft, das zahlreiche gut wiedergegebene Tonbilder und Textbilder schmücken, sei weiteren Beachtung empfohlen.

Zu beziehen durch die

Goethe-Buchhandlung von Franz Joest Verlag

Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 63. Fernruf 4520.

Hauptschriftleiter: Helmut Bötticher.

Verantwortlich für Politik: Helmut Bötticher, für politische Nachrichten, Handel und Verkehr: Hans Hellige; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gellhein. Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S. Druck: Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006091-12/fragment/page=0004